

zu einer Vorabentscheidung im Hinblick auf das aus der Rahmenrichtlinie folgende Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität nicht nachgekommen ist, kann dahinstehen.

C.

[124] Verstoßen Allgemeine Versicherungsbedingungen – wie hier die Satzung der VBL – gegen Art. 3 Abs. 1 GG, so führt dies nach der verfassungsrechtlich nicht zu beanstandenden Rechtsprechung der Zivilgerichte zur Unwirksamkeit der betroffenen Klauseln (vgl. BGHZ 174, 127 [175]). Hierdurch entstehende Regelungslücken können im Wege ergänzender Auslegung der Satzung geschlossen werden (vgl. BGHZ 174, 127 [177]). Auch im vorliegenden Fall ist es zwar nicht durch den bewussten Ausschluss der Lebenspartner bei der Formulierung des § 38 VBLS, wohl aber durch die Feststellung der Unwirksamkeit dieser Vertragsgestaltung aus verfassungsrechtlichen Gründen zu einer ungewollten Regelungslücke bei der Hinterbliebenenversorgung gekommen. Der Gleichheitsverstoß kann nicht durch bloße Nichtanwendung des § 38 VBLS beseitigt werden, weil ansonsten entgegen der zugrunde liegenden Konzeption Hinterbliebenenrenten auch für Ehegatten ausgeschlossen wären. Der mit der Hinterbliebenenversorgung nach § 38 VBLS verfolgte Regelungsplan lässt sich mithin nur dadurch vervollständigen, dass die für Ehegatten geltende Regelung mit Wirkung ab dem 1. 1. 2005 auch auf eingetragene Lebenspartner Anwendung findet. Dies entspricht auch dem hypothetischen Willen sowohl der VBL wie der Tarifvertragsparteien, die die eingetragenen Lebenspartner in die Hinterbliebenenversorgung einbezogen hätten, wäre ihnen der hier festgestellte Gleichheitsverstoß bewusst gewesen. Entgegenstehende Grundrechtspositionen, die durchgreifende verfassungsrechtliche Bedenken gegen die ergänzende Auslegung begründen könnten, sind nicht zu ersehen, insbesondere erscheint angesichts der geringen Zahl der betroffenen Personen eine unangemessene Steigerung der finanziellen Belastung der VBL ausgeschlossen (vgl. dazu BGHZ 117, 92 [99 f.]). Bedenken sind auch nicht mit Blick auf die durch Art. 9 Abs. 3 GG geschützte Tarifautonomie der Tarifvertragsparteien veranlasst, die mit § 10 ATV eine Vereinbarung getroffen haben, auf der § 38 VBLS beruht. Es gibt insbesondere keinen Hinweis dafür, dass sich die Tarifvertragsparteien des Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichheitssatz bewusst waren.

[125] Weder die Tarifvertragsparteien noch die VBL sind im Übrigen daran gehindert, die Verletzung des Art. 3 Abs. 1 GG durch eine andere Regelung auszuräumen, die eine Gleichbehandlung von Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern bei der Gewährung einer Hinterbliebenenrente sicherstellt. Es bleibt ihnen im Rahmen des Verfassungsrechts unbenommen, die Voraussetzungen der Hinterbliebenenrente gleichermaßen für die Ehe wie für die Lebenspartnerschaft anders auszugestalten, insbesondere eine noch stärkere Berücksichtigung des konkreten Unterhaltsbedarfs vorzunehmen.

[126] Das Urteil des BGH ist wegen der Verletzung von Art. 3 Abs. 1 GG aufzuheben. Die Sache wird gemäß § 95 Abs. 2 BVerfGG an den BGH zurückverwiesen.

Anmerkung zu BVerfG, Beschluss vom 7. 7. 2009 – 1 BvR 1164/07 – Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im Bereich der betrieblichen Hinterbliebenenrente (VBL) verfassungswidrig

I. Eine Ehe macht noch keine Kinder

Die Zusatzversorgung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder sieht eine Hinterbliebenenrente nur für Eheleute, nicht aber für eingetragene Lebenspartner vor. Der Erste Senat des BVerfG hat am 7. 7. 2009 entschieden, dass diese Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft mit Art. 3 Abs. 1 GG unvereinbar ist.

Die Begründung der Entscheidung ist eine kleine Sensation. Bislang galt für den BGH¹, das BVerwG² und die 1. K. des 2. Senats des BVerfG³ die Vermutung, dass eine Ehe auf die Zeugung von Kindern ausgerichtet ist; diese Vermutung rechtfertige eine Begünstigung der Ehe gegenüber der eingetragenen Lebenspartnerschaft z. B. im Bereich des beamtenrechtlichen Familienzuschlags: Es gibt »den in der Lebenswirklichkeit anzutreffenden typischen Befund, dass in der Ehe ein Ehegatte namentlich wegen der Aufgabe der Kindererziehung und hierdurch bedingter Einschränkungen bei der eigenen Erwerbstätigkeit tatsächlich Unterhalt vom Ehegatten erhält und so ein erweiterter Alimentationsbedarf entsteht.«⁴

Im Gegensatz dazu genügt dem 1. Senat ein lediglich »typischer Befund« nicht, um zahlreichen kinderlosen Ehen eine Vergünstigung zukommen zu lassen, die (kinderlosen) Lebenspartnern verwehrt ist: »Ein Grund für die Unterscheidung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft kann nicht [. . .] darin gesehen werden, dass typischerweise bei Eheleuten [. . .] aufgrund von Kindererziehung ein anderer Versorgungsbedarf bestünde als bei Lebenspartnern [. . .]. Nicht in jeder Ehe gibt es Kinder. Es ist auch nicht jede Ehe auf Kinder ausgerichtet.«⁵

II. Verhältnis zur bisherigen Rechtsprechung des BVerfG

Die bisherige Rechtsprechung der 1. K. des 2. Senats des BVerfG ist überholt: Die aktuelle Senatsentscheidung geht dem Kammerbeschluss vor; eine Senatsentscheidung bindet – anders als Nichtannahmebeschlüsse der Kammern – die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie die Gerichte und Behörden.⁶ Sollte der 2. Senat in einem weiteren Verfahren zur Gleichstellung von Lebenspartnern eine andere Position einnehmen als der Erste Senat, müsste das aus allen 16 Mitgliedern bestehende Plenum entscheiden (§ 16 Abs. 1 BVerfGG). Bislang gab

1 BGH, Urteil v. 14. 2. 2007, IV ZR 267/04, NJW-RR 2007, 1441.

2 BVerwG, Urteil v. 25. 7. 2007, 6 C 27/06, NJW 2008, 246 = DVBl 2007, 1512 (Ls.).

3 BVerfG, Beschluss v. 6. 5. 2008, 2 BvR 1830/06, NJW 2008, 2325, Rdnr. 17 = DVBl 2008, 932–933 (red. Ls.).

4 BVerfG (Fußn. 3).

5 BVerfG, Beschluss v. 7. 7. 2009, 1 BvR 1164/07, Rdnr. 112, DVBl 2009, Heft 23, S. 1510 ff.

6 M. Graßhof, in: Maunz/Schmidt-Bleibtreu/Klein/Bethge, Bundesverfassungsgerichtsgesetz, 30. Aufl. 2009, § 93 b Rdnr. 17.

es einen solchen Fall in der Geschichte des BVerfG allerdings nur dreimal.⁷

III. Gleichbehandlung kinderloser Ehen und Lebenspartnerschaften

Die vorliegende Entscheidung betrifft einen Sachverhalt aus dem speziellen Bereich der Hinterbliebenenrente. Es sind jedoch nicht die Besonderheiten des Sozialversicherungsrechts, auf die das BVerfG seine Entscheidung stützt, sondern die folgenden drei allgemeinen Erwägungen:

1. Die Verfassung stellt die Ehe unter den »besonderen Schutze der staatlichen Ordnung« (Art. 6 Abs. 1 Alt. 1 GG). Damit kann der Gesetzgeber die Ehe aber nur gegenüber Lebensgemeinschaften bevorzugen, die weniger verbindlich sind als eine Ehe: Die »Privilegierung der Ehe« ist gerechtfertigt aufgrund »der auf Dauer übernommenen, auch rechtlich verbindlichen Verantwortung für den Partner. In diesem Punkt unterscheiden sich eingetragene Lebenspartnerschaft und Ehe aber nicht.«⁸

2. Knüpft der Gesetzgeber an die Gründung einer Familie einen Vorteil, ist dies verfassungsrechtlich zulässig. Jedoch ergibt sich dies »in erster Linie« aus dem »Grundrechtsschutz der Familie«⁹ und weniger aus dem Schutz der Ehe: Der Schutz der Ehe betrifft die Lebensgemeinschaft von Mann und Frau; demgegenüber betrifft der Schutz der Familie (Art. 6 Abs. 1 Alt. 2 GG) die Gemeinschaft von Eltern(teilen) und Kind.¹⁰

3. An die bloß abstrakte Vermutung, dass die Ehe zur Gründung einer Familie führt, kann der Gesetzgeber keine Vorteile knüpfen. Will der Gesetzgeber für die Zeugung von Kindern einen Vorteil gewähren, muss er den Tatbestand »konkreter«¹¹ ausgestalten, d. h. an die tatsächliche Zeugung eines Kindes anbinden.

IV. Sachverhalte, auf die sich die Entscheidung auswirkt
Als Sachentscheidung wirkt der Beschluss des BVerfG nicht nur gegenüber den Verfahrensbeteiligten, sondern gegenüber allen staatlichen Stellen.¹² Dabei entfalten nicht nur der Entscheidungstenor Bindungswirkung, sondern auch die »tragenden Gründe«.¹³ Zu den tragenden Gründen dürfte in jedem Fall die Überlegung des 1. Senats gehören, wonach der Gesetzgeber keine Vorteile an die abstrakte Vermutung knüpfen kann, dass aus einer Ehe automatisch Kinder hervorgehen. Daher sind Verwaltung, Gerichte und Gesetzgeber berufen, sämtliche Ungleichbehandlungen von Lebenspartnern zu beseitigen, die sich nur mit der Vermutung rechtfertigen lassen, dass aus einer Ehe Kinder hervorgehen.

Die praktischen Auswirkungen sind enorm; es gibt eine Fülle von mehr oder weniger entlegenen Normen des Bun-

des- und Landesrechts, die (auch) kinderlosen Eheleuten einen staatlichen Vorteil gewähren, der dem Wortlaut nach eingetragenen Lebenspartnern nicht zusteht. In Einzelbereichen haben sich besonders sinnwidrige Sonderregeln gebildet: Nach dem Soldatenversorgungsgesetz gibt es eine Hinterbliebenenversorgung nur für Witwen¹⁴; die Verordnung zur Kriegsofopferfürsorge¹⁵ hingegen sieht Geldleistungen auch für hinterbliebene Lebenspartner vor. Das heißt: Wird einer der Lebenspartner (zivilen) Opfer eines Krieges, ist der Hinterbliebene versorgt, nicht aber, wenn der Lebenspartner als Soldat bei einem Auslandseinsatz stirbt. Ein weiteres Beispiel: Nicht nur Eheleute, sondern ausdrücklich auch Lebenspartner können den Betrieb fortführen bzw. verpachten, wenn der Inhaber einer Fahrschule¹⁶, einer Apotheke¹⁷ oder eines milchwirtschaftlichen Unternehmens¹⁸ versterben; dies gilt nicht, wenn der Inhaber eines Betriebes nach dem Sprengstoffgesetz¹⁹ verstirbt – das erweckt den sicher unzutreffenden Eindruck, der Gesetzgeber traue nur heterosexuellen Hinterbliebenen den Umgang mit Sprengstoffen zu.

Die – hier pointiert formulierten – Beispiele ließen sich weiter fortführen. Der Gesetzgeber ist in jedem Fall gefordert, Normenklarheit und Rechtssicherheit zu schaffen. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP heißt es: »Wir werden insbesondere [...] gleichheitswidrige Benachteiligungen im Steuerrecht abbauen und insbesondere die Entscheidungen des BVerfG zur Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten umsetzen.«²⁰ Hiermit würden auch die Fälle der umgekehrten Diskriminierung beseitigt. So gilt zum Beispiel im Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes²¹ nur der Ehegatte als befangen, nicht aber der Lebenspartner.

Im Bundesrecht sind von der Entscheidung des BVerfG die folgenden Normen betroffen²²:

14 Siehe bei Fußn. 28.

15 § 27 Abs. 3, VO v. 16. 1. 1979 (BGBl. I S. 80), zul. geänd. d. Art. 18 des G. v. 13. 12. 2007 (BGBl. I S. 2904).

16 § 15 Abs. 1 Nr. 1 Fahrschullehrergesetz, i. d. F. d. Bekanntm. v. 25. 8. 1969 (BGBl. I S. 1336), zul. geänd. d. G. v. 19. 3. 2008 (BGBl. I S. 418).

17 § 11 Abs. 2 Bundesapothekerordnung, i. d. F. d. Bekanntm. v. 19. 7. 1989 (BGBl. I S. 1478, 1842), zul. geänd. d. Art. 1 des G. v. 17. 12. 2007 (BGBl. I S. 2945).

18 § 10 Gaststättengesetz, i. d. F. d. Bekanntm. v. 20. 11. 1998 (BGBl. I S. 3418), geänd. d. Art. 10 des G. v. 7. 9. 2007 (BGBl. I S. 2246).

19 § 12 Abs. 1, i. d. F. d. Bekanntm. v. 10. 9. 2002 (BGBl. I S. 3518), zul. geänd. d. Art. 4 des G. v. 11. 8. 2009 (BGBl. I S. 2723).

20 Koalitionsvertrag v. 26. 10. 2009 zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode, www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf.

21 § 20 Abs. 5 Nr. 2, i. d. F. d. Bekanntm. v. 23. 1. 2003 (BGBl. I S. 102), zul. geänd. d. Art. 2 Abs. 1 des G. v. 14. 8. 2009 (BGBl. I S. 2827).

22 Recherche der juris-Datenbank nach Normen mit Tatbestandsmerkmalen wie »Ehe«, »verheiratet« etc. und ohne gleichzeitiges Tatbestandsmerkmal »Lebenspartner« o. ä.

7 G. Ulsamer, in: Maunz/Schmidt-Bleibtreu/Klein/Bethge (Fußn. 6), § 16 Rdnr. 4.

8 BVerfG (Fußn. 5), Rdnr. 102.

9 BVerfG (Fußn. 5), Rdnr. 103.

10 BVerfG, Urteil v. 29. 7. 1959, 1 BvR 205/58, BVerfGE 10, 59 (66).

11 BVerfG (Fußn. 5), Rdnr. 114.

12 E. Benda/E. Klein, Verfassungsprozessrecht, 2. Aufl. 2001, Rdnr. 1313, 1318 f.

13 E. Benda/E. Klein (Fußn. 12), Rdnr. 1323.

1. *Recht des öffentlichen Dienstes – Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz*²³, § 8 Abs. 1 Nr. 6: Förderung für Ausländer mit deutschen Eltern oder deutschem Ehegatten; *Beamtenversorgungsgesetz*²⁴, § 16: Versorgung »der Witwe«; § 80 Abs. 1: Ehegatten als berücksichtigungsfähige Angehörige; *Bundesbesoldungsgesetz*²⁵, § 40: Familienzuschlag; *Gesetz über den Auswärtigen Dienst*²⁶, § 29: Berücksichtigung der Belastung der Ehepartner bei der Auslandsbesoldung; *Entwicklungshelfer-Gesetz*²⁷, § 4 Abs. 2: soziale Sicherung des Ehegatten; *Soldatenversorgungsgesetz*²⁸, § 43: Versorgung »der Witwe«; *Wehrdisziplinarordnung*²⁹, § 110 Abs. 3: Unterhaltsleistung für hinterbliebenen Ehegatten bei Mithilfe zur Aufdeckung von Straftaten.

2. *Ausländer- und Aufenthaltsrecht – Asylverfahrensgesetz*³⁰, § 43 Abs. 3: Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung von Ehegatten; *Aufenthaltsgesetz*³¹, § 27 Abs. 3: Sonderregeln für Lebenspartner beim Familiennachzug; *Aufenthaltsgesetz*, § 28 Abs. 1: Anspruch des Ehegatten auf Aufenthaltserlaubnis; *Bundesvertriebenengesetz*³², § 8 Abs. 1: Aufnahme von Spätaussiedlern und ihrer Ehegatten; *Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern*³³, § 3 Abs. 2: Sonderregeln für Lebenspartner gegenüber Ehegatten; *Grundgesetz*³⁴, Art. 116 Abs. 1: Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist auch Ehegatte eines Flüchtlings oder Vertriebenen; *Staatsangehörigkeitengesetz*³⁵, § 10 Abs. 2: vereinfachte Einbürgerung der Ehegatten von Ausländern.

3. *Gewerberecht – Bundesapothekerordnung*³⁶, § 11 Abs. 1: Anspruch auf Erlaubnis zur Ausübung des Apothekerberufs für Ehegatten eines EU-Ausländers; *Bundesärzteordnung*³⁷, § 10 Abs. 3 Satz 2: Anspruch auf Erlaubnis

zur Ausübung eines ärztlichen Berufs für Ehegatten eines EU-Ausländers; *Gesetz über die Ausübung der Zahnheilkunde*³⁸, § 13 Abs. 3 Satz 2: Anspruch auf Erlaubnis zur Ausübung der Zahnheilkunde für Ehegatten eines EU-Ausländers; *Psychotherapeutengesetz*³⁹, § 4 Abs. 2a: Anspruch auf Erlaubnis zur Ausübung der Psychotherapie für Ehegatten eines EU-Ausländers; *Schornsteinfegergesetz*⁴⁰, § 31: Witwenversorgung; *Sprengstoffgesetz*⁴¹, § 12 Abs. 1: Fortführung des Betriebes nach Tod des Ehegatten.

4. *Ausbildungsförderung – Bundesausbildungsförderungsgesetz*⁴², § 2 Abs. 1 a Nr. 2: Ausbildungsförderung für Verheiratete mit eigener Haushaltsführung als Ausnahmetatbestand; *Graduiertenförderungsverordnung*⁴³, § 3 Abs. 4: Verheiratetenzuschlag bei Reisekosten.

5. *Öffentliche Leistungen und Gebühren – Bundesentschädigungsgesetz*⁴⁴, § 153 Abs. 3: Vererblichkeit des Entschädigungsanspruchs für Ehegatten; *Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr*⁴⁵, § 5 Abs. 1 Nr. 10: Gebührenbefreiung für Ehegatten von diplomatischen Vertretern und Anderen; *Gesetz über die Heimkehrerstiftung*⁴⁶, § 2 Abs. 1 Nr. 2: Förderung der hinterbliebenen Ehegatten; *HIV-Hilfegesetz*⁴⁷, § 15 Abs. 4: Nichtinfizierte Ehepartner als Leistungsberechtigte; *Infektionsschutzgesetz*⁴⁸, § 60 Abs. 3: Versorgungsanspruch für Ehegatten von Spätaussiedlern; *Wohnungsbau-Prämienengesetz*⁴⁹, § 2 Abs. 2 Nr. 3: Ausnahmetatbestand bei vorzeitiger Verfügung im Falle des Todes oder der Erwerbsunfähigkeit des Ehegatten; *Wohnungsbindungsgesetz*⁵⁰, § 5 a: Bevorzugung junger wohnungssuchender Ehepaare.

6. *Auskunfts- und Anhörungsansprüche – Stasi-Untersuchungsgesetz*⁵¹, § 15 Abs. 3: Auskunftserteilung für Ehegatten.

23 I. d. F. d. Bekanntm. v. 18. 6. 2009 (BGBl. I S. 1322, (1794)), zul. geänd. d. Art. 7 Abs. 7 des G. v. 7. 7. 2009 (BGBl. I S. 1707).

24 I. d. F. d. Bekanntm. v. 16. 3. 1999 (BGBl. I S. 322, 847, 2033), zul. geänd. d. Art. 6 des G. v. 3. 4. 2009 (BGBl. I S. 700).

25 I. d. F. d. Bekanntm. v. 19. 6. 2009 (BGBl. I S. 1434), zul. geänd. d. Art. 4 des G. v. 29. 7. 2009 (BGBl. I S. 2424).

26 I. d. F. d. Bekanntm. v. 30. 8. 1990 (BGBl. I S. 1842), zul. geänd. d. Art. 8 des G. v. 5. 2. 2009 (BGBl. I S. 160).

27 I. d. F. d. Bekanntm. v. 18. 6. 1969 (BGBl. I S. 549), zul. geänd. d. Art. 35 des G. v. 24. 12. 2003 (BGBl. I S. 2954).

28 I. d. F. d. Bekanntm. v. 16. 9. 2009 (BGBl. I S. 3054).

29 I. d. F. d. Bekanntm. v. 16. 8. 2001 (BGBl. I S. 2093), zul. geänd. d. Art. 86 des G. v. 17. 12. 2008 (BGBl. I S. 2586).

30 I. d. F. d. Bekanntm. v. 2. 9. 2008 (BGBl. I S. 1798), zul. geänd. d. Art. 18 des G. v. 17. 12. 2008 (BGBl. I S. 2586).

31 I. d. F. d. Bekanntm. v. 5. 2. 2008 (BGBl. I S. 162), zul. geänd. d. Art. 4 Abs. 5 des G. v. 30. 7. 2009 (BGBl. I S. 2437).

32 I. d. F. d. Bekanntm. v. 10. 8. 2007 (BGBl. I S. 1902), zul. geänd. d. Art. 1 des G. v. 6. 7. 2009 (BGBl. I S. 1694).

33 I. d. F. d. Bekanntm. v. 30. 7. 2004 (BGBl. I S. 1950, 1986), zul. geänd. d. Art. 7 des G. v. 26. 2. 2008 (BGBl. I S. 215).

34 In der im BGBl. Teil III, Glied.-Nr. 100–1, veröff. ber. Fassung, zuletzt geändert des G. v. 29. 7. 2009 (BGBl. I S. 2248).

35 In der im BGBl. Teil III, Glied.-Nr. 102–1, veröff. ber. Fassung, zul. geänd. d. Art. 1 des G. v. 5. 2. 2009 (BGBl. I S. 158).

36 I. d. F. d. Bekanntm. v. 19. 7. 1989 (BGBl. I S. 1478, 1842), zul. geänd. d. Art. 1 des G. v. 17. 12. 2007 (BGBl. I S. 2945).

37 I. d. F. d. Bekanntm. v. 16. 4. 1987 (BGBl. I S. 1218), zul. geänd. d. Art. 6 des G. v. 30. 7. 2009 (BGBl. I S. 2495).

38 I. d. F. d. Bekanntm. v. 16. 4. 1987 (BGBl. I S. 1225), zul. geänd. d. Art. 9 des G. v. 2. 12. 2007 (BGBl. I S. 2686).

39 I. d. F. d. Bekanntm. v. 16. 6. 1998 (BGBl. I S. 1311), zul. geänd. d. Art. 6 des G. v. 2. 12. 2007 (BGBl. I S. 2686).

40 I. d. F. d. Bekanntm. v. 10. 8. 1998 (BGBl. I S. 2071), zul. geänd. d. Art. 17 des G. v. 3. 4. 2009 (BGBl. I S. 700).

41 I. d. F. d. Bekanntm. v. 10. 9. 2002 (BGBl. I S. 3518), zul. geänd. d. Art. 4 des G. v. 11. 8. 2009 (BGBl. I S. 2723).

42 I. d. F. d. Bekanntm. v. 6. 6. 1983 (BGBl. I S. 645, 1680), zul. geänd. d. Art. 2a des G. v. 20. 12. 2008 (BGBl. I S. 2846).

43 I. d. F. d. Bekanntm. v. 22. 1. 1976 (BGBl. I S. 211), zul. geänd. d. VO v. 3. 4. 1981 (BGBl. I S. 342).

44 In der im BGBl. Teil III, Glied.-Nr. 251–1, veröff. ber. Fassung, zul. geänd. d. Art. 15 Abs. 63 des G. v. 5. 2. 2009 (BGBl. I S. 160).

45 I. d. F. d. Bekanntm. v. 26. 6. 1970 (BGBl. I S. 865, 1298), zul. geänd. d. Art. 4 der VO v. 21. 4. 2009 (BGBl. I S. 872).

46 I. d. F. d. Bekanntm. v. 21. 12. 1992 (BGBl. I S. 2094, 2101), zul. geänd. d. Art. 1 des G. v. 10. 12. 2007 (BGBl. I S. 2830).

47 I. d. F. d. Bekanntm. v. 24. 7. 1995 (BGBl. I S. 972, 979), zul. geänd. d. Art. 79 der VO v. 31. 10. 2006 (BGBl. I S. 2407).

48 I. d. F. d. Bekanntm. v. 20. 7. 2000 (BGBl. I S. 1045), zul. geänd. d. Art. 2a des G. v. 17. 7. 2009 (BGBl. I S. 2091).

49 I. d. F. d. Bekanntm. v. 30. 10. 1997 (BGBl. I S. 2678), zul. geänd. d. Art. 13 des G. v. 20. 12. 2008 (BGBl. I S. 2850).

50 I. d. F. d. Bekanntm. v. 13. 9. 2001 (BGBl. I S. 2404), zul. geänd. d. Art. 87 der VO v. 31. 10. 2006 (BGBl. I S. 2407).

51 I. d. F. d. Bekanntm. v. 18. 2. 2007 (BGBl. I S. 162), zul. geänd. d. Art. 15 Abs. 64 des G. v. 5. 2. 2009 (BGBl. I S. 160).

7. Landwirtschaft – Gesetz zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft⁵², § 2 Abs. 2 Nr. 1: Ausgleichsleistungen für Ehegatten; Grundstücksverkehrsgesetz⁵³, § 8 Nr. 2: Anspruch auf Genehmigung für Ehegatten; Höfeordnung⁵⁴, § 14: besondere Stellung des Ehegatten.

8. Steuerrecht – Abgabenordnung⁵⁵, § 15: Ehegatten als Angehörige; Einkommenssteuergesetz⁵⁶, § 32 a Abs. 5: Ehegattensplitting; § 20 Abs. 9: gemeinsamer Sparer-Pauschbetrag; Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz⁵⁷, § 16: gleicher Freibetrag aber schlechtere Steuerklasse für Lebenspartner; Grunderwerbssteuergesetz⁵⁸, § 3: Ausnahme für Veräußerung an Ehegatten; Vermögensbildungsgesetz⁵⁹, § 15: Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage für Ehegatten.

Die Entscheidung des BVerfG dürfte auch folgender Ungleichbehandlung widersprechen: Während Jugendliche bereits ab einem Alter von 16 Jahren heiraten können, ist diese Möglichkeit bei der Lebenspartnerschaft kategorisch ausgeschlossen.⁶⁰ Neben dem Privileg der rechtlich anerkannten Lebensgemeinschaft knüpfen sich für Jugendliche an die Ehe weitere Privilegien beim Jugendschutz.⁶¹ Da die Gemeinschaft mit einem Jugendlichen sowohl in der Ehe als auch in der Lebenspartnerschaft auf Dauer und wechselseitigen Einstand angelegt ist, dürften beide Sachverhalte gleich zu behandeln sein. Zu der möglichen Frage, ob hiergegen irgendein Aspekt des Jugendschutzes sprechen könnte, hat sich das BVerfG allerdings bislang nicht geäußert.

VI. Sachverhalte, auf die sich die Entscheidung nicht auswirkt

Für das Adoptionsrecht hat die 2. K. des 1. Senats des BVerfG am 10. 8. 2009 beschlossen, dass die auch für Lebenspartner gesetzlich vorgesehene Möglichkeit der Stief-

kindadoption verfassungsgemäß ist.⁶² Die gemeinschaftliche Adoption eines nicht-leiblichen Kindes ist für Lebenspartner bislang hingegen gesetzlich nicht vorgesehen. In diesem Regelungsbereich ist das Wohl des Kindes der entscheidende Aspekt, zu dem sich der aktuellen Entscheidung des BVerfG nichts entnehmen lässt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bislang nur den Fall gerügt, in dem ein Staat eine homosexuell veranlagte Person diskriminiert hat, die ein Kind nicht gemeinschaftlich adoptieren will⁶³; der Sachverhalt einer gemeinschaftlichen Adoption durch homosexuelle Lebenspartner hat dem Gerichtshof bislang nicht vorgelegen.

VII. Zusammenfassung und Ausblick

Nach der Entscheidung des 1. Senats des BVerfG vom 7. 7. 2009 gilt Folgendes: Es gibt keine abstrakte Vermutung, dass eine Ehe zur Zeugung von Kindern führt. Somit besteht auch kein Grund, eine Ehe anders zu behandeln als eine eingetragene Lebenspartnerschaft. Die Gemeinschaft von Eltern und Kindern unterfällt dem verfassungsrechtlichen Schutz der Familie und nicht dem verfassungsrechtlichen Schutz der Ehe.

Die Entscheidung ist auf andere Sachverhalte zu übertragen: Insoweit Gesetze Eheleuten Vorteile gewähren, die nur an die abstrakte Vermutung knüpfen, eine Ehe sei typischerweise mit dem zusätzlichen Aufwand einer Kindererziehung verbunden, ist dies verfassungsrechtlich unzulässig. Sind die Vorteile an die tatsächliche Zeugung eines Kindes gebunden, ist dies im Hinblick auf den besonderen Schutz der Familie verfassungsrechtlich grundsätzlich zulässig.

Sind Ehe und Lebenspartnerschaft – in Abgrenzung zur Familie – umfassend gleichgestellt bzw. gleichzustellen, stellt sich die Frage, wieso beide Institute überhaupt noch in getrennten Gesetzen geregelt sind. Regelungstechnisch wäre es sicher einfacher, statt fehleranfälliger und verwirrender Einzelregelungen (siehe oben unter V) mit einem Satz im Familienrecht die gleichgeschlechtliche Eheschließung zu ermöglichen⁶⁴; alternativ könnte der Gesetzgeber die Lebenspartnerschaft über eine Generalklausel der Ehe grundsätzlich gleichstellen und die ggf. rechtspolitisch gewünschten Ausnahmen, z. B. für das Adoptionsrecht, aufzählen.⁶⁵

Dr. Tilman Hoppe, LL.M., Berlin*

52 I. d. F. d. Bekanntm. v. 6. 7. 1990 (GBl. DDR 1990 I S. 633), zul. geänd. d. Art. 2 des G. v. 16. 10. 1992 (BGBl. I S. 1758).

53 In der im BGBl. Teil III, Glied.-Nr. 7810-1, veröff. ber. Fassung, zul. geänd. d. Art. 108 des G. v. 17. 12. 2008 (BGBl. I S. 2586).

54 I. d. F. d. Bekanntm. v. 26. 7. 1976 (BGBl. I S. 1933), zul. geänd. d. Art. 98 des G. v. 17. 12. 2008 (BGBl. I S. 2586).

55 I. d. F. d. Bekanntm. vom 1. 10. 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), zul. geänd. d. Art. 2 des G. v. 30. 7. 2009 (BGBl. I S. 2474).

56 I. d. F. d. Bekanntm. v. 8. 10. 2009 (BGBl. I S. 3366).

57 I. d. F. d. Bekanntm. v. 27. 2. 1997 (BGBl. I S. 378), zul. geänd. d. Art. 1 des G. v. 24. 12. 2008 (BGBl. I S. 3018).

58 I. d. F. d. Bekanntm. v. 26. 2. 1997 (BGBl. I S. 418, 1804), zul. geänd. d. Art. 13 des G. v. 19. 12. 2008 (BGBl. I S. 2794).

59 I. d. F. d. Bekanntm. v. 4. 3. 1994 (BGBl. I S. 406), zuletzt durch Art. 12 des G. v. 16. 7. 2009 (BGBl. I S. 1959).

60 § 1 Abs. 3 Nr. 1 Lebenspartnerschaftsgesetz v. 16. 2. 2001 (BGBl. I S. 266), zul. geänd. d. Art. 7 des G. v. 6. 7. 2009 (BGBl. I S. 1696); § 1303 Abs. 2 BGB i. d. F. d. Bekanntm. v. 2. 1. 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), zul. geänd. d. das G. v. 28. 9. 2009 (BGBl. I S. 3161).

61 § 1 Abs. 5 Jugendschutzgesetz i. d. F. d. Bekanntm. v. 23. 7. 2002 (BGBl. I S. 2730), zul. geänd. d. Art. 3 Abs. 1 des G. v. 31. 10. 2008 (BGBl. I S. 2149); § 10 Spielverordnung i. d. F. d. Bekanntm. v. 27. 1. 2006 (BGBl. I S. 280).

62 Beschluss v. 10. 8. 2009, 1 BvL 15/09, red. Ls. und Anm. M. Leibold, in: FamFR 2009, 56.

63 Urteil v. 22. 1. 2008, 43546/02, FamRZ 2008, 845 (Ls).

64 So z. B. das spanische G. 13/2005 v. 1. 7. 2005 zur Änderung des Código Civil, Boletín Oficial del Estado Nr. 157, S. 23632, mit Ausnahmen für Regelungen, bei denen es auf biologische Unterschiede ankommt.

65 So z. B. § 3 des zum 1. 1. 2009 in Kraft getretenen ungarischen G. No. CLXXXIV. 2007 über die eingetragene Lebenspartnerschaft; englische Übersetzung der Internationalen Kommission für das Zivilstandswesen unter www.ciec1.org/Legislationpdf/Hongrie-L.PartenariatsAct184-2007vigueur1.1.2009-ENG.pdf; hierzu O. Szeibert-Erdős, Utrecht Law Review 2008, 212.

* Der Verf. ist für die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages tätig. Der Beitrag gibt allein seine persönliche Auffassung wieder.